

Weender Rathaus

Zeitschrift der **SPD Weende** • Nr. 96 • **September 2009**

Für Göttingen-Weende

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den kommenden Monaten wird eine neue Weender Mehrzweckhalle Gestalt annehmen. Dabei geht es nicht nur um den Neubau der in die Jahre gekommenen Festhalle selber, sondern auch um eine verbesserte Kinderbetreuung und die Nutzung des Neubaus für Schulzwecke.

Ohne das Konjunkturprogramm des Bundes wäre dieser Neubau nicht möglich gewesen. Die Weender werden sehen, dass auch die Stadt und der Ortsrat ihre Aufgaben richtig gelöst haben. Ich freue mich jedenfalls sehr, dass mit dem Konjunkturprogramm die Grundlage für ein außerordentlich sinnvolles kommunales Projekt geschaffen wurde. Wir Sozialdemokraten beweisen damit gutes zielgerichtetes Regierungshandeln.

Alle Maßnahmen der Bundesregierung werden mit dazu beitragen, dass der Abschwung gebremst, Arbeitsplätze geschützt, Investitionen gefördert sowie Kaufkraft und Nachfrage gestärkt werden. Ich habe mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass neben den Kommunen auch die Hochschulen vom Konjunkturpaket II begünstigt werden. Im Ergebnis fließt jetzt doppelt soviel Geld nach Göttingen, wie uns nach Einwohnerzahl zustünde: Allein 45 Millionen Euro für die Universität, davon 23,5 Millionen Euro für den Neubau des Forschungszentrums für zelluläre Biologie, knapp 9,7 Millionen Euro für Sanierungsmaßnahmen in der Universitätsmedizin Göttingen und 2,5 Millionen Euro für die Anschaffung von Geräten. Die Stiftungsuniversität erhält für Energiesparmaßnahmen an Gebäuden 9 Millionen Euro. Das Studentenwerk Göttingen erhält für die energetische Sanierung seiner Studentenwohnheime 1,1 Millionen Euro, und das Weender Krankenhaus bekommt eine Millionen Euro für den Umbau der Radiologie. Zusätzlich erhält die DLR an

ihrem Standort in Göttingen eine Investitionshilfe in Höhe von 2,5 Millionen Euro für einen Flugzeug-Triebwerksprüfstand, der insgesamt ein Investitionsvolumen von 9,5 Millionen Euro hat. In die Region fließen außerdem die pauschalen Investitionsmittel an jede einzelne Kommune.

Am Wahltag 27. September trete ich im Wahlkreis



Göttingen erneut als Direktkandidat an. Mit Erfolg habe ich mich in den vergangenen Jahren für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt und dazu beitragen können, dass erhebliche Investitionsmittel des Bundes in die Region fließen. Die Weiterführung des Ausbaus der B 27 ist nun endlich gesichert.

Im Wahlkampf sollen die Menschen erfahren, wie sozialdemokratische Ideen für die kommenden vier Jahre und darüber hinaus aussehen: Wir stehen für Teilhabe und Chancen für viele statt Privilegien für wenige. Angefangen bei der Bildungsfrage. Die SPD will die Zahl der 80.000 Schulabbrecher jedes Jahr um zehn Prozent senken, das Schüler-BAFöG ausbauen und den Rechtsanspruch von Krippen-Kindern auf Ganztagsbetreuung durchsetzen. Wir stehen für Ganztagschulen und wollen den Elternwillen für wohnortnahe Gesamtschulangebote durchsetzen.

Die SPD tritt für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro ein. Persönliche Rücklagen, die der privaten Altersvorsorge dienen, sollen weniger als bisher auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden.

Wir stehen zum Atomausstieg! Wir wollen unsere Vorreiterrolle beim Umsteuern weg vom Öl ausbauen

und den Ausbau erneuerbarer Energien weiter vorantreiben. Das sichert qualifizierte Arbeitsplätze und dient dem Klimaschutz. Nach den neuesten Zwischenfällen in Krümmel ist endgültig klar, dass der Atomausstieg sinnvoll, machbar und ohne Alternative ist.

In der Steuerpolitik sagen wir klar, dass die von der Union geforderten Senkungen über die vereinbarten Schritte hinaus weder finanzierbar noch sinnvoll sind. In der jetzigen Situation müssen breite Schultern

mehr tragen. Deshalb fordern wir einen Bildungsoli als Aufschlag für Spitzenverdiener.

Die SPD geht mit einem klaren Programm in die Wahl. An einflussreicher Stelle möchte ich an dessen Umsetzung mitwirken. Bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 bitte ich Sie daher um Ihre Unterstützung. Geben Sie mir bitte Ihre Erststimme. Wählen Sie mit Ihrer Zweitstimme die SPD.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Thomas Oppermann

www.thomasoppermann.de

Ein Urgestein der SPD

Herbert Rössig feierte 90. Geburtstag

Am 02. Juni feierte Herbert Rössig seinen 90. Geburtstag. Der gebürtige Hamburger ist bereits seit mehr als 60 Jahren Mitglied der SPD (siehe Weender Rathaus Nr. 94, September 2006). Man kann daher mit Fug und Recht behaupten, dass Herbert Rössig als eines der ältesten Mitglieder im Stadtverband, ein wahres Urgestein der SPD ist. Älteren Mitbürgern aus Weende ist Herbert Rössig natürlich nicht unbekannt. Er war von 1959 bis 1964 Gemeindedirektor in Weende. Unter seiner Federführung wurden viele öffentliche Gebäude in Weende errichtet, beispielsweise die Weender Festhalle und die Schule gemeinsam mit der kleinen Sporthalle. Als Anfang der Sechziger die Expansion der Universität von Seiten der Stadt Göttingen auf Weender Gemeindeboden vorangetrieben wurde, vermittelte Herbert Rössig als Brückenbauer zwischen den Interessengruppen. Nach der Eingemeindung von Weende in die Stadt Göttingen wurde Herbert 1964 Sozialdezernent der Stadt. Dieses Amt hatte er bis zu seiner Pensionierung 1982 inne. In dieser Zeit trug er maßgeblich zur Entwicklung der sozialen Infrastruktur bei. An dieser Stelle sei nur der Bau zahlreicher Kindergärten, Spielplätzen und Sportstätten, sowie von Alten- und Pflegeheimen genannt.

Im Gespräch antwortet Herbert Rössig auf die Frage, wie er sich mit 90 Jahren denn fühle, dass sein Gesundheitszustand ansprechend sei und er sehr dankbar und zufrieden ist, mit Hilfe seiner Familie und lieben Freunden im GDA Wohnstift in Geismar wohnen zu können. Insbesondere betont er, dass alle Mitarbeiter und Bewohner mit denen er im GDA Wohnstift unmittelbar zu tun hat freundlich, hilfsbereit und zuvorkommend sind. Den Bau des Wohnstifts hatte er seinerzeit noch als Sozialdezernent begleitet. Besondere Hobbys hat er nicht mehr. Jedoch liest Herbert sehr fleißig. Im Mittelpunkt seines

Interesses stehen dabei die neuere Deutsche und Europäische Geschichte. Ebenso hört er leidenschaftlich gerne klassische Musik.

Auch mit 90 Jahren verfolgt Herbert Rössig das politische Zeitgeschehen und das vor allem über schriftliche Medien. So ist er auch sehr enttäuscht vom Abschneiden der Partei bei der Europawahl. Das erzielte Ergebnis lag stark hinter den Erwartungen. Besonders liegt ihm die lokale Politik am Herzen. So ist er sehr erfreut darüber, wie gut sich Göttingen im sozialen Bereich in den letzten Jahren entwickelt hat. Auch wenn er aufgrund seines Alters nicht mehr so aktiv mitmischen kann, ist sein Rat beispielsweise im Telefonat mit örtlichen Entscheidungsträgern nach wie vor gefragt.

Herbert Rössig trat im April 1946 in die SPD ein und war damit in seiner Familie Sozialdemokrat in 3. Generation. Er erzählt, daß sein Großvater bereits mit Ferdinand Lassalle im ADAV (Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein) für die Rechte der Arbeiter kämpfte. Aber neben der familiären Tradition waren für ihn die Grundsätze der SPD entscheidend für seinen Eintritt. Er hebt dabei den Einsatz für Freiheit im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, die Mitbestimmung in der Wirtschaft und den Widerstand gegen völkermordende Kriege hervor.

Jungen Menschen, die sich in der Partei neu engagieren möchten, rät Herbert Rössig, sich selbst aktiv in die Parteiarbeit miteinzubringen. Insbesondere sollte sich jeder einen persönlichen Schwerpunkt suchen, wo er auch besonderes Wissen einbringen kann. Ziel sollte es seiner Meinung nach sein, sich um das Gemeinwohl zu kümmern und die Entwicklung des



gesellschaftlichen Lebens voranzubringen.

Den Aktiven in der Partei rät er, unter dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und den bevorstehenden Bundestagswahlen, die finanziellen Möglichkeiten zu bündeln und den Schwerpunkt der Familienpolitik nicht aus den Augen zu verlieren. Die Schaffung günstigen Wohnraums und der Ausbau der sozialen Infrastruktur sollten weiter betrieben werden. Auch ist er froh, dass es in Göttingen gerade im sozialen Bereich nicht zu umfangreichen Privatisierungsmaßnahmen gekommen ist.

Für die Zukunft wünscht Herbert Rössig sich, dass sein Gesundheitszustand soweit erhalten bleibt und er am harmonischen Familienleben teilhaben kann. Auch liegt ihm die Aufrechterhaltung von Freundschaften am Herzen. Zum Schluss sagt er, daß er hofft noch lange den Willen und die Kraft hat, die Umwelt mitzerleben und sich selbst Gedanken darüber zu machen können.

Olaf Janßen

Die Redaktion gratuliert Herbert Rössig nachträglich ganz herzlich zum Geburtstag!

Schwerpunkte der Sozialpolitik in Göttingen heute

von Dr. Dagmar Schlapeit-Beck, Dezernentin für Kultur und Soziales

Die wichtigsten sozialpolitischen Leitthemen sind heute die Überwindung der Kinderarmut, die Schaffung von Chancengleichheit im Bildungswesen, die Arbeitsmarktintegration, die Überwindung der sozialen Spaltung zwischen einzelnen Stadtteilen, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, die zukunftsfähige Versorgung von Pflegebedürftigen und Demenzerkrankten sowie die Förderung von Nachbarschaften.

Jedes 5. Kind/Jugendlicher in Göttingen hat Eltern, die Transfereinkommen erhalten, sprich kein eigenes oder ein zu geringes eigenes Einkommen haben und Arbeitslosengeld oder Sozialgeld erhalten. Noch schlimmer sieht es bei den kleinen Kindern unter 6 Jahren aus, hier erhält jedes 4. Kind staatliche Transferleistungen. Eine der Ursachen ist, dass einkommensschwache Familien mehr Kinder bekommen, als einkommensstarke. Eine weitere Ursache ist, dass bereits jedes 3. Kind in der Stadt Göttingen in einer alleinerziehenden Familie aufwächst.



Die Stadt Göttingen nimmt die Entwicklung der Kinderarmut sehr ernst und ist sehr engagiert, um diese zu bekämpfen. Aus diesem Grunde hat die Stadt Göttingen einen „Masterplan gegen Kinderarmut“ vorgelegt. Insbesondere brauchen auch diese Kinder bestmögliche Bildungschancen. Diese fängt mit der exzellenten Krippenversorgung in Göttingen an, bereits heute steht für jedes Kind unter 3 Jahren ein Krippenplatz bereit, ab 2012 wird es einen Rechtsanspruch für jedes Kind auf einen Krippenplatz geben. Im Bereich der Kindergartenplätze bietet die Stadt Göttingen fast ausschließlich Plätze mit Mittagessen an (Dreiviertel- und Ganztagsplätze). Allein 17 Schulen in Göttingen haben ein Ganztagsangebot.

Spezielle Hilfs- und Beratungsangebote für Alleinerziehende sollen diese Eltern bei ihrer schwierigen Vereinbarung von Beruf und Familie besonders unterstützen. Im St. Petri-Haus in Grone werden Familien in einem Elternkompetenzzentrum unterstützt, das an eine Kindertagesstätte angebunden ist. Mit den Leistungen der SozialCard unterstützt die Stadt

bedürftige Familien besonders. So erhält jedes Kind, dessen Eltern Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Wohngeld, Sozialhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, die Mitgliedschaft in einem Göttinger Sportverein nach Wahl kostenlos. Für die Eintritte in die Freibäder, auch im Freibad Weende und für das Badeparadies Eiswiese gibt es besonderen Rabatt, der Eintritt für Kinder unter 6 Jahren ist ohnehin kostenlos.

Die Nutzung der Stadtbibliothek und ihrer Zweigstellen, auch die Zweigstelle Weende, ist seit dem 1.1.2008 für alle Kinder und Jugendlichen kostenlos. Es darf keine Barriere zwischen Kind und Buch geben, denn Lesen ist die Grundlage jeglicher Bildung. Die Lebensbedingungen der Bevölkerung sind nicht gleichmäßig auf das Stadtgebiet verteilt. Besonders viele benachteiligte Familien leben im Stadtteil Grone oder auch in der Weststadt. Mit dem Förderprogramm der „Sozialen Stadt“ konnten etwa in Grone-Süd in den letzten 10 Jahren sehr viele Verbesserungen im Stadtteil erreicht werden, so dass wir dort heute einen sehr familienfreundlichen Stadtteil erleben. Ein attraktives und kinderfreundliches Wohnumfeld soll die Lebenschancen benachteiligter Familien verbessern und eine soziale Vermischung der Bevölkerung unterstützen. Das gleiche Programm wird in diesem Jahr in der Weststadt gestartet.

Mit Hilfe des Kommunalen Integrationskonzeptes fördert die Stadt Göttingen die Integration ihrer Bürger/innen mit Migrationshintergrund. Ca. 20 Pro-

zent der Göttinger Bevölkerung sind Mitbürger mit Migrationshintergrund. Auch hier erleben wir, dass Integrationsarbeit im Stadtteil besonders erfolgreich verläuft. Einen Beitrag hierzu leisten das Nachbarschaftszentrum Grone-Süd oder auch der Groner Job-Markt.

Eine Herausforderung für die städtische Sozialpolitik ist die Versorgung und Pflege der älter werdenden Generation. Der überragende Wunsch alter Menschen ist das Wohnen und Verbleiben in der eigenen Wohnung, auch bei Hilfs- und Pflegebedarf. Da immer mehr Menschen auch alleine alt werden, weil ihre Familie z.B. nicht in Göttingen lebt, brauchen wir neue Konzepte der Nachbarschaftshilfe, damit der Verbleib in den eigenen vier Wänden nachhaltig unterstützt werden kann. Vorbild ist hier das Angebot an Nachbarschaftshilfe auf dem Leineberg, gemeinsam getragen von Diakonischem Werk und Stadt Göttingen. Über einen warmen Mittagstisch sollen die Bewohner versorgt werden, die sich selbst nicht mehr verpflegen können oder etwa alleine leben. Hilfs- und Beratungsangebote ergänzen den Mittagstisch, Kontakte werden geknüpft und Vereinsamung vermieden. Dieses Stadtteilangebot soll dahingehend erprobt werden, ob es ein längeres Leben in der eigenen Wohnung erleichtert und ob das Konzept auch auf weitere Stadtteile ausgedehnt werden kann.

In der Vorbereitungsphase befindet sich das Projekt „Wohngemeinschaft für Demenzerkrankte“.



Da demenziell erkrankte Menschen heute häufig noch mobil sind, aber dennoch in stationären Pflegeeinrichtungen versorgt werden müssen, werden zukunftsfähigere Konzepte gesucht. Ziel ist die Einrichtung von Wohngemeinschaften im Stadtteil, in denen ca. 12 demenzerkrankte Bewohner gemeinsam versorgt werden. Der Verbleib im Wohnumfeld, der bekannte Stadtteil, die bekannten Nachbarn und Freunde sowie die Einbeziehung von Alltagsfertigkeiten in Haus und Garten lindern die Folgen dieser Erkrankung und stellen eine zukunftsweisende Form der Versorgung dar.

Zehn Jahre Bologna und kein bisschen klüger?



Zehn Jahre ist es mittlerweile her, dass in einer hübschen italienischen Universitätsstadt namens Bologna 29 europäische Bildungsminister eine Erklärung unterzeichneten, die den europäischen Hochschulraum vereinen und Studiengänge vergleichbar machen sollte. Ein Prozess, dessen wichtigste Ziele zehn Jahre später in Deutschland leider nicht erreicht sind. Weder ist im Jahre 2009 der gemeinsame Hochschulraum mit einer europäischen Dimension der Hochschulbildung realisiert, noch konnten der europäische Austausch und die Mobilität der Studierenden maßgeblich gesteigert werden. Bachelor-Studierende gehen heute seltener ins Ausland, ihre erworbenen Credit Points werden beim Wechsel

des Hochschulstandortes nur zögerlich anerkannt und die Flut der zusätzlichen Prüfungen schneidet so manchem privaten und sozialen Engagement dieser Generation die Luft ab.

Die Umwandlung der bisherigen Diplom- und Magisterstudiengänge in Bachelor und Master hatte zudem einen deutlich erhöhten Leistungsdruck und ein verstärktes Konkurrenzdenken zur Folge, ohne dass diese Belastungen durch bessere Betreuungs- und Beratungsangebote kompensiert wurde. Die Studierenden machen derzeit das Beste draus und versuchen, die ohne Frage existierenden Vorteile zu nutzen und im praxisfern berechneten „Workload“ nicht unterzugehen.

Auf der Folgekonferenz im belgischen Leuven haben die mittlerweile 46 am Bologna-Prozess teilnehmenden Staaten eine Weiterführung des europäischen Harmonisierungsprozesses beschlossen. Ein allgemeines „Weiter so“ kann aber keine Lösung sein, denn selbst die Bildungsminister haben erkannt, dass die bisherige Umsetzung nicht ausreicht und hinterfragt werden muss. Dass die Studierenden die derzeitige Situation nicht mehr so hinnehmen wollen hat sich eindrucksvoll beim Bildungsstreik im Juni gezeigt, als deutschlandweit rund 250.000 Menschen auf die Straße gingen und viele der beteiligten Studierenden insbesondere die Umsetzung des Bologna-Prozesses kritisierten. Nur mit einer sozialen und studierendenfreundlichen Ausgestaltung der zweiten Phase des Bologna-Prozesses ist es möglich, neue Perspektiven zu schaffen und mit klar definierten Zielen die Fehlentwicklungen

der bisherigen Studienstrukturreform zu korrigieren. Davon hängt die Zukunft der Bachelor- und Master-Studierenden ab. Und davon hängt ab, ob wir zu einer Form des Studiums zurückkehren, die zu kritischer Auseinandersetzung mit der eigenen Umwelt und gesellschaftlichen Entwicklungen befähigt und nicht nur zur möglichst fehlerfreien Ausübung des gewünschten Berufes.

Marie-Christine Reinert

Der Vorstand der SPD Weende

Auf der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Weende im März diesen Jahres wählten die Mitglieder einen teilweise neuen Vorstand. Wiedergewählt als Vorsitzender wurde Horst Reinert. Als seine Stellvertreterin bestätigt wurde Ellen Fischer-Kallmann. Als ersten Neuling wählten die Genossen Dirk Thielsch als weiteren stellvertretenden Vorsitzenden. Ebenfalls neu besetzten die Mitglieder die Beisitzerposten mit Mälin Stock und Olaf Janßen. Schriftführerin wurde erneut Marie-Christine Reinert. Auch der Posten des Kassierers blieb in bekannten Händen: Hans-Albert Ludolph wurde in seinem Amt bestätigt.

Sollten Fragen oder Anregungen an den Vorstand bestehen, einfach mal auf die Homepage des Ortsvereins schauen:

www.spd-weende.de

Spurensuche

Ein Stück Industriegeschichte und Strukturwandel am Beispiel Huhtamaki

Werksschließung schallte es Mai 2005 über das Huhtamaki-Gelände in Weende. Konfrontiert wurden die über 500 Beschäftigten mit der Hiobsbotschaft nachdem vage Gerüchte kreisten. Die Belegschaft infolgedessen Ende April 2005 mehrere Stunden die Produktion stoppte und heftig Auskünfte nach der bevorstehenden Unternehmensstrategie in Göttingen einforderte.

1960 begann die Herstellung von Kunststoffverpackungen wie Joghurt- und Margarinebehälter, die mit Papp-Trinkbechern den Basisabsatzmarkt des Göttinger Werks ausmachten. Eigentumsverhältnisse änderten sich im Zeitverlauf: Bekannt bis 1992 unter der Fabrikbezeichnung 4P Rube, kaufte die Van-Leer-Gruppe das Werk. Geschluckt wurde dies 1999 vom finnischen Huhtamaki-Konzern. Zum Zirkel der Stammkunden zählen prosperierende Unternehmen wie Nestlé, Weihenstephan und Danone.

Zunehmend wandelte sich unter der Huhtamaki-Regie die Unternehmenskultur, folgendermaßen wuchs der betriebsinterne Stellenwert von Quartalsberichten. Wurde 2003 zu Gunsten Göttingens eine polnische Betriebsstätte geschlossen, parallel die Hallen in der Karl-Grünklee-Straße hingegen maschinentechnisch aufgerüstet. Solche unternehmerische Aktionen wiegten ein wenig in Sicherheit, meint rückblickend der damalige Betriebsratvorsitzende Walter Stelzl.

Anfang Mai 2005 die Nachricht in Südniedersachsen die Sparte steife Verpackungen inklusiv der 540 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzustampfen. Arbeiterfamilien, langjährige Beschäftigte, die ihre Chancen auf den lokalen Arbeitsmarkt als miserabel einordneten, erfassten ein Schrecken: Handelte es sich nicht alleine um den profanen Sollausgleich der Girokonto. Es ging um mehr. Eigentum

wie Haus, Grund und Wohnung würden im Arbeitslosengeld-II-Status wegbrechen. Auszubildende bangten um ihren Abschluss. Langjährigen Gutverdienern drohte die Wandlung zum Geringverdiener in atypischen Beschäftigungsformen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Region Südniedersachsen und die Göttinger SPD machten am 11. Mai 2005 mobil: Der Demonstrationzug führte vom Werkstor Richtung Innenstadt zum Platz vor dem Alten Rathaus. Unmissverständlich war den Teilnehmern beim Gang klar, mit der liebesdienerschen Mentalität eines Dorfpolizisten verehbt jeglicher Widerspruch. Walter Stelzl kritisierte die damalige Praxis der Unternehmensführung, kaum einer der Verantwortlichen sei bereit gewesen über Erhalt der Göttinger Arbeitsplätze zu verhandeln. Versuche gab es im Vorfeld seitens des Betriebsrats durch ein erarbeitetes Konzept, das eine Betriebsbeteiligung durch die Arbeitnehmerschaft beinhaltete. Ein so genanntes „Management buy out“ bot jedoch keine zukunftsichere Alternative.

In Hannover definierte der damalige SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Oppermann die Werksschließung als hammerharte Maßnahme, forderte weiterführend die Rückerstattung der 2003 ausgezahlten niedersächsischen Fördermittel in Höhe von 1,8 Mio. Euro. Die eindringliche Kritik des SPD-Politikers gegenüber den sprunghaften Machenschaften von



Huhtamaki fruchtete. Die Ländermittel wurden, nachdem die Göttinger-Werksschließung unumkehrbar feststand, zurückerstattet. Als Rettungsanker für die Arbeitnehmer sollte ein ausgehandelter Sozialplan fungieren. Auf Anfrage bewertet Stelzl nach Jahren die Auszahlungen, verbunden mit dem Sozialplan, als ausgesprochen zufrieden stellend. Lehrlinge konnten überdies Berufsausbildungen bei Partnerbetriebe beenden.

Stelzl weiß, ehemalige Huhtamaki-Arbeitnehmer haben Arbeitsverträge in Südniedersachsen unter minderen Konditionen unterschrieben. „Ein 14. Monatsgehalt, wo gibt es noch so was?“, fragt der Gewerkschafter.

Geschaffen wurden derlei für das 11 Hektar Große Areal umfassende Planungen für Wohnanlagen mit angrenzenden Gewerbeflächen. Wohnen am Wasser soll indes mit Freilegung der Weende für junge Familien realisiert werden. So endet zweifelsohne durch die raumplanerische Erneuerung ein Stück Göttinger Industriegeschichte.

Heiko Nitzschke

Endlich: Tempo 30 auf der Theodor-Heuss-Straße kommt!



In ähnlich lautenden Briefen hatte sich vor gut einem Jahr der SPD-Ortsverein Weende an Oberbürgermeister Wolfgang Meyer und an die SPD-Ratsfraktion gewandt, um eine möglichst rasche Einrichtung einer Tempo 30-Zone in der Theodor-Heuss-Straße zu erreichen. Die Theodor-Heuss-Straße ist die wichtigste Nord-Süd-Verbindung für die Weender Radfahrer abseits der Hauptverkehrsstraßen, und auch für die BewohnerInnen der anliegenden Studentenwohnheime eine wichtige Route.

Der bereits sanierte Bereich dürfte alle Radfahrer erfreuen, die vorher unter der Schlaglochpiste leiden mussten, und auch der zweite Bauabschnitt wird noch in diesem Jahr vollendet werden. Leider zeigt sich, dass immer mehr Autofahrer diese Bereiche geradezu als Rennstrecke ansehen.

Umso mehr freut es uns, dass jetzt der Bauausschuss auf Antrag der SPD-Ratsfraktion unserem Anliegen gefolgt ist.

Hoffen wir, dass die neue Beschilderung zügig erfolgt.

Horst Reinert

**Am 27. September
beide Stimmen für die SPD
Erststimme für Thomas Oppermann
Zweitstimme für Frank Walter Steinmeier**

